

**Kreisparteitag 2008  
Initiativantrag**

Anlässlich der aktuell bekannt gewordenen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (V ZR 65/07) zu den Bodenreform-Grundstücken beantragt der Amtsverband Falkenberg-Höhe, dass der Kreisparteitag der CDU Märkisch-Oderland beschließen möge:

**Der Kreisparteitag fordert die Landtagsfraktion der CDU in Brandenburg auf, die ähnlich gelagerten Fälle von staatlicher Eigentumsentziehung vor 1989 bei Bodenreform-Grundstücken - insbesondere wegen angeblich freiwilliger Aufgabe des Grundeigentums flüchtender Neusiedler - sowie die Entscheidungen durch das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen kritisch überprüfen zu lassen und die politische Initiative zur Rückgabe oder Entschädigung zugunsten der davon Betroffenen zu ergreifen.**

Begründung:

Auf dem Gebiet der früheren DDR musste eine Vielzahl von damaligen Neusiedlern auf Grund des politischen Verfolgungsdrucks im Rahmen der Zwangskollektivierung flüchten und ihr rechtmäßiges Eigentum angesichts unmittelbar drohender persönlicher Nachteile (Haft- oder Todesstrafe) unverzüglich zurück lassen.

Durch die Partei- und Staatsführung wurde dann auf Kommunalebene, insbesondere durch die damaligen Räte der Kreise, die zwangsweise Enteignung der Flüchtenden verfügt und bis 1989 durch rechtswidrige Eigentumsumschreibungen in den Grundbüchern zugunsten des DDR-Staates und seiner Gliederungen vollzogen. Als Begründung diente regelmäßig die offizielle Legende, dass die betreffenden Neusiedler freiwillig und ohne Not das Grundeigentum verlassen und somit angeblich aufgegeben hätten, wie es „zufälligerweise“ eine Rückfallklausel des Bodenreformrechts vorsah.

Die politisch motivierte Enteignung der verfolgten Neusiedler durch die DDR wird durch das ARoV bis heute vielfach befürwortet und pflanzt sich in der Entrechtung der Erbberechtigten fort. Diese nachhaltige Störung des Rechtsfriedens kann nur Heilung im Wege der Rückgabe oder Entschädigung beseitigt werden. Die Glaubwürdigkeit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangt eine vorbehaltlose Rehabilitation der damals politisch Verfolgten durch Wiederherstellung ihrer Eigentumsrechte.

*Petra Dahms*  
Petra Dahms  
Vorsitzende

*Idurch*